

Forstbetrieb Franz Hohenberg

A- 8795 Radmer an der Stube 17



03635/2137

Email: office@hohenberg.co.at

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Referat Bau- und Raumordnung
Abteilung 13

Stempfergasse 7
8010 Graz
E-Mail: abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at

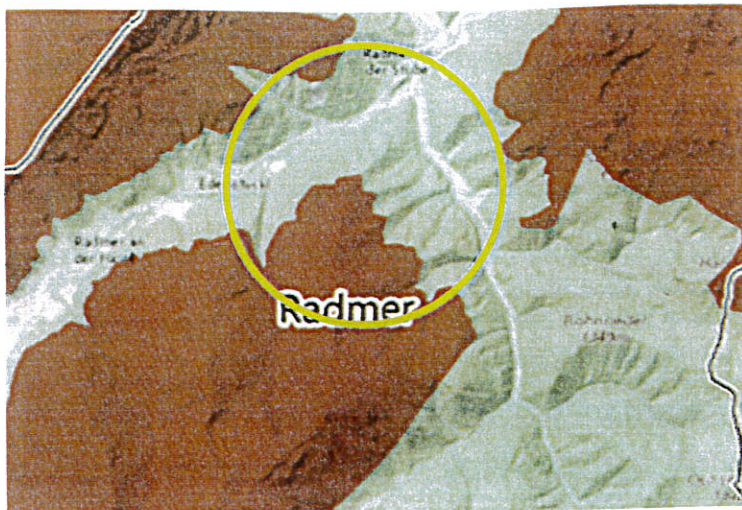
Radmer, den 01.06.2026

Stellungnahme zum Entwurf des Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Erneuerbare Energie – Windenergie Novelle 2026; Zone Radmer (Anlage 2-08 Blatt: B3 im Bereich Schneckenkogel und Grössenberg)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Möglichkeit zur Rückmeldung zum steiermärkischen Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Erneuerbare Energie – Windenergie Novelle 2026. Zu diesem nehme ich wie folgt Stellung:

Ich sehe die Energiewende als eine der zentralen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Generationengerechtigkeit und der langfristigen Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Vor diesem Hintergrund halte ich es für geboten, alle geeigneten Flächen verantwortungsvoll in die Überlegungen zur Nutzung erneuerbarer Energien einzubeziehen. Meine Grundstücke im Bereich des Schneckenkogels betrachte ich dabei ausdrücklich als Teil dieser gemeinsamen Verantwortung.



Bankverbindung: Raiba Leoben
IBAN: AT52 3846 0000 0700 8659 BIC: RZSTAT2G460
UID Nr.: ATU 70 111 979

Forstbetrieb Franz Hohenberg

A- 8795 Radmer an der Stube 17



03635/2137

Email: office@hohenberg.co.at

Die Nutzung von Windkraft auf geeigneten Flächen ist für mich ein aktiver Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Abkehr von fossilen Energieträgern. Angesichts der fortschreitenden Klimakrise halte ich es für politisch nicht vertretbar, vorhandene Potenziale ungenutzt zu lassen, sofern keine zwingenden Gründe dagegensprechen. Vielmehr sollte die Raumplanung darauf ausgerichtet sein, die Energiewende konsequent zu ermöglichen und nicht durch pauschale Ausschlüsse zu erschweren.

Darüber hinaus bin ich der Überzeugung, dass eine dezentrale Energieerzeugung wesentlich zur Versorgungssicherheit beiträgt. Die aktuellen energiepolitischen Entwicklungen zeigen deutlich, wie wichtig eine unabhängige und stabile Energieversorgung ist. Die Nutzung meines Grundstücks für Windkraft würde dazu beitragen, die regionale Energieerzeugung zu stärken und die Abhängigkeit von externen Energiequellen zu reduzieren. Dies liegt nicht nur im lokalen, sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse – nicht zuletzt, wenn man sich das aktuelle Beispiel der Iran-Krise vor Augen führt. Zudem stärkt der lokale Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung die regionale Wertschöpfung und fördert eine unabhängige Energieversorgung vor Ort.

Auch unter umweltfachlichen Gesichtspunkten halte ich die Nutzung meines Grundstücks für vertretbar. Die Eingriffe in Natur und Landschaft sind begrenzt und grundsätzlich reversibel. Moderne Anlagen und Projektumsetzungen ermöglichen zudem eine Berücksichtigung von Natur- und Artenschutzbelangen auf hohem Niveau. Ich verstehe die Bereitstellung von Flächen für erneuerbare Energien darüber hinaus als Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung. Die Energiewende ist ein gemeinschaftliches Projekt, das nur gelingen kann, wenn auch private Eigentümer bereit sind, konstruktiv mitzuwirken.

Ich möchte mit meiner Haltung ein klares Signal für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung setzen und erwarte, dass dieses Engagement im Rahmen der Planung angemessen berücksichtigt wird.

Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass sich die technischen Rahmenbedingungen der Windenergienutzung in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt haben. Moderne Anlagen sind effizienter, leiser und besser steuerbar als frühere Generationen. Dadurch können Nutzungskonflikte reduziert und bestehende Bedenken vielfach entschärft werden. Diese Entwicklungen sollten bei der Bewertung von Standorten angemessen berücksichtigt werden.

Kritisch sehe ich vor diesem Hintergrund die vorgesehene pauschale Einstufung meiner Grundstücke als Ausschlusszone im Hinblick auf die Flächengerechtigkeit. Ein Ausschluss geeigneter Flächen führt zwangsläufig dazu, dass andere Regionen und Grundstücke stärker belastet werden. Eine solche Verlagerung halte ich weder für sachgerecht noch für politisch verantwortungsvoll.

Bankverbindung: Raiba Leoben

IBAN: AT52 3846 0000 0700 8659 BIC: RZSTAT2G460

UID Nr.: ATU 70 111 979

Forstbetrieb Franz Hohenberg

A- 8795 Radmer an der Stube 17



03635/2137

Email: office@hohenberg.co.at

Ein derart weitreichender Eingriff in die Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks – wie dies bei Ausweisung einer Ausschlusszone der Fall ist – bedarf einer fundierten, nachvollziehbaren und verhältnismäßigen Begründung. Nach meiner Auffassung ist ein pauschaler Ausschluss nicht gerechtfertigt, wenn die grundsätzliche Eignung des Standorts gegeben ist und keine schwerwiegenden entgegenstehenden Belange vorliegen. In solchen Fällen sollte eine differenzierte Einzelfallprüfung gegenüber einer generellen Ausschlussregelung Vorrang haben. Eben das sollte beim Schneckenkogel und dessen Umgebung berücksichtigt werden.

Bereits seit vielen Jahren beobachte ich im Wald, wie der Klimawandel die Standortbedingungen für meine Bäume sowie für die gesamte Flora verändert. Obwohl in der Radmer – am Alpenhauptkamm – noch ausreichend Niederschlag vorhanden ist, ist es auch hier nur eine Frage der Zeit, bis die Auswirkungen höherer Temperaturen und eine Veränderung der Niederschlagsverteilung und -mengen ihren Tribut fordern und damit auch das Überleben meines Forstbetriebs samt nachgelagerter Wertschöpfungskette in Frage stellen. Die Nutzung der Flächen durch Windkraft ermöglicht eine Diversifizierung und damit auch für mich einen Schutz vor Klimaveränderungen.

Umso verwunderter war und bin ich nach wie vor über die umfassende Erweiterung der roten Zone im Bereich des Schneckenkogels, insbesondere nachdem dieser Bereich bereits seit Jahren und Jahrzehnten intensiv forstwirtschaftlich genutzt wird. Eine anthropogene Vorbelastung des Gebietes durch forstwirtschaftliche Nutzung liegt also vor.

Auch das Bestehen des Nationalparks Gesäuse kann kein Hindernis für eine Genehmigung eines Windparks sein, zumal vor allem im Zuge der Projekteinreichung und -genehmigung ohnehin eine entsprechende UVE-Prüfung inklusive einer Naturverträglichkeitserklärung im Nahbereich um die Schutzgebiete erforderlich ist. Im Zuge der Naturverträglichkeitserklärung wird vor allem auch auf das erhöhte Schutzniveau im Nahbereich zu Vogelschutzgebieten (wie etwa im Nationalpark Gesäuse), eingegangen und dieses entsprechend beurteilt. Gerade in diesem Umfeld gelten somit erhöhte fachliche Anforderungen an Datengrundlagen, Untersuchungsintensität und Maßnahmenkonzepte. Ein erhöhter Abstandsbereich im Zuge der Zonierung ist damit nicht erforderlich, weil durch entsprechende Maßnahmen Fernwirkungen auf die Schutzgebiete vermieden werden können. Wieso nun dennoch im Wesentlichen eine (rechtlich keine Deckung findende) 5-km-Ausschlusszone um den Nationalpark Gesäuse gezogen worden ist, verwundert vor diesem Hintergrund umso mehr.

Zusammenfassend lehne ich die Ausweisung meiner Grundstücke als Ausschlusszone ab. Sie erscheint mir weder fachlich zwingend noch politisch zielführend. Vielmehr plädiere ich für eine sachliche, differenzierte und zukunftsorientierte Betrachtung, die den Anforderungen der Energiewende gerecht wird und gleichzeitig eine faire Verteilung der damit verbundenen Lasten sicherstellt.

Bankverbindung: Raiba Leoben

IBAN: AT52 3846 0000 0700 8659 BIC: RZSTAT2G460

UID Nr.: ATU 70 111 979

**Forstbetrieb
Franz Hohenberg**
A- 8795 Radmer an der Stube 17



03635/2137

Email: office@hohenberg.co.at

Ich bitte daher, von der vorgesehenen Ausweisung einer Ausschlusszone abzusehen und mein Grundstück weiterhin als potenziell geeignete Fläche für die Windenergienutzung zu berücksichtigen.

Ich bedanke mich für die Berücksichtigung meiner Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen